

Überspannt

Die Wien Energie hat ihre Finanzierungsprobleme mit Hilfe der Republik Österreich in den Griff bekommen. Was bleibt, ist der Vertrauensverlust. Was sagt der Wien-Energie-Geschäftsführer Michael Strebl dazu?

EVA KONZETT UND JOSEF REDL

Im Büroturm mit der Anschrift Thomas-Klestil-Platz 14 ist von der Anspannung der letzten Tage nichts mehr zu spüren. Nur ein zerkauter Stabilo-Finelineer auf einem der Tische erinnert an den Stress, der hier zuletzt geherrscht haben muss.

ANZEIGE

Michael Strebl ist einer der beiden Geschäftsführer der Wien Energie. Er bittet in sein helles Eckbüro im 22. Stockwerk der Wien-Energie-Zentrale in Erdberg. "Vielleicht hätte ich mich viel früher einmal in die 'ZiB 2' setzen und das Problem ausführlich erklären sollen", sagt der Mann.

Das Problem: Sein Unternehmen wäre vor nicht einmal zwei Wochen unter den Verwerfungen der europäischen Strombörse beinahe in die Knie gegangen.

Am Freitag, den 26. August, war die Megawattstunde Strom an der europäischen Energiebörse EEX in Leipzig kurzfristig für 1000 Euro gehandelt worden. Wien Energie musste hohe Sicherheiten hinterlegen, um weiter an der Börse handeln zu dürfen. Frisches Geld, das sie nicht mehr hatte.

Wie es dazu kommen konnte, dass ein Energieversorger im Eigentum der öffentlichen Hand plötzlich mit Milliarden am Finanzmarkt hantiert, wird bald ausführlich geklärt sein. Vom Stadtrechnungshof, an den der Wiener Bürgermeister Ludwig am Montag ein Prüfersuchen gestellt hat. Von einer Untersuchungskommission, die FPÖ und ÖVP im Wiener Gemeinderat beantragen wollen. Und auch im Nationalrat sollen die Umstände untersucht werden, die dazu geführt haben, dass die Republik Österreich für die Risiken des Wiener Landesenergieversorgers einspringen musste.

Bis dahin wird Michael Strebl noch oft Sätze sagen wie: "Wir haben ein grundsolides Geschäftsmodell." Und: "Für uns ist das wichtigste Prinzip das der Versorgungssicherheit." Was Michael Strebl auch sagt: "Eines kann ich Ihnen garantieren: In unserem Haus wird nicht spekuliert."

Und dennoch: Am Samstag, den 27. August erhielt Strebl ein automatisch generiertes Mail. Es war eine Zahlungsaufforderung. Die Wien Energie müsse 1,77 Milliarden

Euro an zusätzlichen Sicherheiten für ihre Stromtermingeschäfte an der Energiebörse EEX nachschießen. Frist: bis zum darauffolgenden Montag um 14 Uhr.

Hätte das Wiener Versorgungsunternehmen die Zahlung versäumt, wären alle offenen Geschäfte der Wien Energie abgewickelt worden, die bisher eingezahlten Sicherheiten wären verloren, die Wien Energie mit großer Wahrscheinlichkeit pleitegegangen. Ohne frisches Geld für die Wien Energie hätte das Unternehmen "die Verpflichtungen gegenüber seinen zwei Millionen Kundinnen und Kunden" nicht mehr erfüllen können, die Fernwärmeversorgung im Winter wäre bedroht gewesen, ebenso die Netzsicherheit. Dieses Szenario stammt aus einer Powerpoint-Präsentation, die Peter Weinelt, Aufsichtsratschef der Wien Energie, an jenem Wochenende an Eingeweihte verteilte: an die Ministerinnen und Minister der türkis-grünen Regierung. Denn bei der Wien Energie musste der Bund einspringen.

Die Nachrichtenlage während dieses letzten Augustwochenendes? Undurchsichtig. Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) hatte nach den Notrufen der Wien Energie am Sonntag, den 28. August, einen Krisengipfel im Kanzleramt anberaunt, Gerüchte einer "Zahlungsunfähigkeit der Wien Energie" sickerten durch. Im Bundeskanzleramt kursierten zeitgleich mehrere Zahlen über den

Finanzbedarf des Wiener Versorgers, konkrete Werte konnte die Wien Energie nicht nennen. Und die anwesenden Ministerinnen und Minister konnten die Letztverantwortlichen, also die Wiener Stadtpolitiker, nicht fragen: Weder Finanzstadtrat Peter Hanke noch Bürgermeister Michael Ludwig waren zum Ballhausplatz gekommen.

Ein Interview mit Hanke in der "ZiB 2" am folgenden Montag erhellte die Lage dann ebenso wenig. Hanke sprach gegenüber ORF-Moderator Armin Wolf von "einer Preisrallye auf einem verrückten Strommarkt", er sprach von positiven Saldi in Höhe von zwischen 400 und 700 Millionen Euro. Er sprach eigentlich von "Margin-Calls", ohne diese zu nennen. Und nur Börsenkenner kamen noch mit. Von der Wien Energie selbst stellte sich eben nicht einer der Geschäftsführer, sondern nur Aufsichtsrat Peter Weinelt vor die Mikrofone. Sein Mantra: Nein, wir haben nicht spekuliert.

Falter: Herr Strebl, Ihr Aufsichtsratschef sagt, die Wien Energie habe nicht spekuliert. Sie sagen, die Wien Energie habe nicht spekuliert. Was genau machen Sie an der Börse?

Michael Strebl: Wir sind ein Unternehmen im öffentlichen Eigentum, deswegen fahren wir auch eine extrem risikoarme Strategie. Wir sind nicht an der Börse, um zu spekulieren, sondern um unseren Kunden Preisstabilität zu garantieren.

Sie verkaufen Strom, den Sie noch gar nicht produziert haben.

Strebl: Ja, wir verkaufen die Leistung unserer Kraftwerke zwei Jahre im Voraus. Aber nur zu einem einzigen Zweck: um Preisstabilität zu gewinnen. Es ist ein kompliziertes Geschäft.

Gibt es einen Druck, an der Börse eine bestimmte Performance zu machen?

Strebl: Nein. Gibt es nicht. Unsere Termingeschäfte dienen ausschließlich der Absicherung. Wenn ich heute Gas für das erste Quartal 2023 einkaufe, verkaufe ich gleichzeitig auch Strom für das erste Quartal 2023. Nur wenn ich beide Positionen kenne, kann ich einen Preis für meine Kunden errechnen. Wenn ich zwar das Gas kaufe, aber den Strom nicht vorab verkaufe, werde ich im ersten Quartal vom Strompreis überrascht.

Wie viele solcher Termingeschäfte schließen Sie ab?

Strebl: Das sind tausende und abertausende einzelne Transaktionen. Wir verkaufen ja Strom nicht nur für ganze Kalenderjahre oder Quartale, sondern auch tagesaktuell.

Die Wien Energie: Drei Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet der Energiekonzern im Jahr vor allem mit dem Verkauf von Erdgas und von Fernwärme. Bei der Produktion von Fernwärme entsteht Strom, und zwar mehr, als die Wiener verbrauchen. 6,4 Terawattstunden Strom produziert die Wien Energie pro Jahr, da aber nur im Spätherbst und Winter geheizt wird, vor allem zwischen Oktober und März. Es ist ein Abfallprodukt.

Diesen Strom verkauft die Wien Energie an der Strombörse in Leipzig, und zwar im Voraus. Das hängt zum einen damit zusammen, dass man Strom schwer speichern kann, diese Geschäfte helfen der Wien Energie zum anderen, mit konkreten Preisen kalkulieren zu können. Bei den Termingeschäften, sogenannten Futures, kommen ein Verkäufer und ein Käufer überein, eine festgesetzte Menge zu einem festgesetzten Preis an einem festgesetzten Tag zu tauschen.

Die Wien Energie kauft dabei regelmäßig Futures für das Erdgas ein, das sie benötigt, um die Fernwärmeturbinen anzutreiben. Und sie verkauft den dabei anfallenden Strom ebenfalls in Future-Kontrakten. Im besten Fall liegt der vereinbarte Strompreis über dem Einkaufspreis des Erdgases: Dann macht die Wien Energie Profit.

Einen "klassischen Gaspreis-Strompreis-Hedge" nennt das der Energieexperte Walter Boltz, der jahrelang der österreichischen Regulierungsbehörde E-Control vorstand. Die Krux an der Sache: Bis die Geschäfte tatsächlich abgeschlossen sind, müssen der Verkäufer und der Käufer bei der Börse Sicherheiten hinterlegen. Und diese bemessen sich am aktuellen Börsenpreis für Strom. Sollte das Geschäft platzen, etwa weil der Verkäufer pleitegeht, könnte die Börse mit der hinterlegten Kautions am Spotmarkt, wo Strom täglich gehandelt wird, das Stromkontingent kaufen und den Käufer beliefern. Geht das Geschäft ohne Hindernisse über die Bühne, bekommen beide Vertragspartner ihre Sicherheiten zurück.

Die Sicherheiten werden anhand von zwei Parametern berechnet: dem Preis und der Volatilität. Je stärker der Kurs ausschlägt, umso höher fällt die Kautions für den Verkäufer aus. Mit Stichtag 31. Dezember 2021 hatte die Wien Energie Stromtermingeschäfte in Höhe von neun Megawattstunden für die Jahre 2022 und 2023 am Markt, mehr als die gesamte Jahresproduktion.

Solange der Strompreis vor sich hindümpelte (was er jahrelang tat), ergab sich daraus kein großes Risiko. Erst als er rasant zu steigen begann, war das Risiko durch die zu hinterlegenden Sicherheiten "unlimitiert", wie es der Finanzmarktexperte Gerald Zmugg ausdrückt. Das Problem?

Der Strompreis galoppiert seit Monaten davon: Er hat sich innerhalb eines Jahres vervierfacht. Die geopolitische Lage - Stichwort Ukraine-Krieg - ist vollkommen unsicher. Mehrfach drosselte der russische Präsident Wladimir Putin die Gaslieferungen nach Europa, regelmäßig explodierten in der Folge die Strompreise. Schon im März spielten die Märkte verrückt, damals konnte die Wien Energie die notwendige Liquidität mit Hilfe der Konzernmutter Wiener Stadtwerke bereitstellen.

Wäre das nicht spätestens der Zeitpunkt gewesen, wo das Risikomanagement der Wien Energie hätte Alarm schlagen müssen? Was sagte eigentlich der von Managern anderer Stadt Wien-Töchter, wie der Friedhöfe Wien GmbH oder des Wiener Hafens, dominierte Aufsichtsrat dazu? Michael Strebl greift über den Tisch und legt einen Ordner vor sich hin.

Falter: Was ist das?

Strebl: Das ist unser Risikohandbuch, von einem Wirtschaftsprüfer auditert. Da ist jede Frage bis ins Detail geklärt. Von der Ausbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Veranlagungsstrategie bis hin zur internen Kontrolle und zur Beschlussfassung. Unser Risikomanagement ist extrem professionell aufgestellt und absolut State of the Art.

Laut Geschäftsbericht hatte die Wien Energie schon im Jahr 2021 kurzfristige Verbindlichkeiten aus Finanzderivaten von mehr als vier Milliarden Euro. 2020 waren es nicht einmal 670 Millionen Euro. Wie ist es zu dieser gewaltigen Steigerung gekommen?

Strebl: Das sind im Wesentlichen die allgemeinen Preissteigerungen. Deswegen sind ja auf der anderen Seite auch die Vermögenswerte auf über 3,8 Milliarden Euro gestiegen. Man hat schon im Jahr 2021 gesehen, dass die hohen Strompreise das Ausmaß der Kauttionen auf mehrere Milliarden Euro geschraubt haben. Das ist ganz wichtig: Das sind Kauttionen, die zurückgezahlt werden, sobald das Geschäft abgewickelt ist. Das sind keine Verluste.

Aber die Summen sind enorm. Haben Sie nicht überlegt, ganz aus dem Markt auszusteigen?

Strebl: Wir haben natürlich gesehen, dass die Börsenpreise steigen und dass damit auch die Sicherheitsleistungen steigen. Was wären unsere Alternativen gewesen? Wenn ich am Spotmarkt zu tagesaktuellen Kursen handle, ist das Preisrisiko enorm. Das hat man am Freitag mit Strompreisen von 1000 Euro gesehen. Bei solchen Schwankungen kann ich meinen Kunden keine Preise garantieren.

Sie hätten over the counter, also direkt an einen Abnehmer, verkaufen können.

Strebl: Genau. Wir hätten OTC-Geschäfte machen können. Dann hätten wir zwar keine Kauttion bezahlen müssen, dafür aber ein ganz anderes Risiko in Kauf genommen. Fällt mein Handelspartner um, dann habe ich ganz real einen Verlust eingefahren. Bei der Pleite von Enron 2001 oder Lehman Brothers 2008 sind auf diese Weise viele auf die Schnauze gefallen.

Die Wien Energie brauchte nicht zum ersten Mal Cash. Vier Mal schon hat ihre Mutter, die Wiener Stadtwerke, mit kolportiert jeweils 500 Millionen Euro ausgeholfen. Am 15. Juli 2022 musste dann die Stadt Wien als Eigentümerin Geld lockermachen. Im Geheimen zeichneten Bürgermeister Michael Ludwig und der zuständige Stadtrat Peter Hanke, verantwortlich für Finanzen und Wirtschaft, ein Darlehen für die Wiener Stadtwerke und ihre Tochter, die Wien Energie, in Höhe von 700 Millionen Euro ab. Der Bürgermeister handelte gemäß §92 der Wiener Stadtverfassung am Wiener Gemeinderat vorbei. Der Griff zu dieser "Notkompetenz" sei aufgrund der "außergewöhnlichen und nicht vorhersehbaren Umstände alternativlos", heißt es im Darlehensantrag vom Juli. Er liegt dem Falter vor. Und noch etwas steht darin: "Eine Einschätzung der künftigen Marktentwicklung ist aufgrund der instabilen Lage an den Märkten komplex bis kaum möglich." Die Wien Energie machte trotzdem weiter.

Falter: Hätten die Energieversorger nicht viel früher auf das Problem aufmerksam machen müssen?

Strebl: Wir haben ja reagiert. Wir haben uns darum bemüht, Liquidität zu sichern. Über Kreditlinien bei Banken, das Cash-Pooling unserer Konzernmutter. Wir haben unser Unternehmen auch Stresstests unterzogen: Im Juli haben wir simuliert, dass Nord Stream 1 (eine wichtige Pipeline für die Lieferung von russischem Gas nach Europa, Anm.) komplett zusperrt. Das wäre sich mit unserer Liquidität ausgegangen.

Bis Sie die Rechnung über die 1,7 Milliarden bekommen haben.

Strebl: Das Problem ist ja nicht nur, ob man diese 1,7 Milliarden stemmen kann. Es bleibt die Frage: Wenn so etwas passieren kann, was kann noch alles passieren?

Am Vormittag des Montag, den 29. September, zwei Tage nach dem Hilferuf der Wien Energie, gibt es erstmals eine Zahl über das Milliardenloch: Sechs Milliarden Euro brauche die Wien Energie vom Bund, so schreibt es Finanzstadtrat Hanke in einem offiziellen Brief, zwei Milliarden sofort. Erst jetzt kann die Bundesregierung tätig werden und eine Geld über die Bundesfinanzierungsagentur bereitstellen. Im Finanzministerium kommen am Dienstag um acht Uhr Mitarbeiter der Wien Energie, Beamte des Finanzministeriums und des Klimaschutzministeriums und der Präsident der Finanzprokuratur, Wolfgang Peschorn, zusammen. Peter Hanke schaut auch vorbei. Die Atmosphäre: geschäftig. Am Ruder: Peschorn, der dem Vernehmen nach unablässig Zahlen nachfragt.

Da hat die Stadt Wien noch weitere 700 Millionen Euro zugeschossen.

Auch der Bürgermeister meldet sich jetzt zu Wort. Seine Losung: Es gibt keine Affäre, es wurde alles richtig gemacht. Und:

Auch in anderen Ländern kämen Energieversorger unter Druck. Die Wien Energie sei kein Einzelfall. In Österreich zumindest hat derzeit kein anderes Energieunternehmen Finanzierungsbedarf, das hat eine Nachfrage der Regulierungsbehörde E-Control ergeben.

Die Sozialdemokraten in Wien zitieren die deutsche Bundesregierung, die schon im Juni einen Schutzschirm für Energieunternehmen aufgespannt hat, die durch die hohen Kauttionen an der Börse schlingern. Die Deutschen treibt aber neben der Solvenz der Unternehmen eine weitere Sorge um: Zu viele Energieunternehmen haben die Strombörse in Leipzig bereits verlassen, weil sie das Risiko der hohen Kauttionen nicht mehr stemmen können. Der Finanzplatz droht auszutrocknen, was den Strompreis noch volatiler macht. Das Ziel der Deutschen: möglichst viele Versorger im "Markt" zu halten, um den Strompreis zu stabilisieren.

Auch Schweden, Finnland und die Schweiz spannen Schutzschirme auf. Die EU-Kommission reagiert ebenso: Sie stellt Maßnahmen in den Raum, um den "Rückzug der Unternehmen aus den Future-Märkten" zu verhindern. Die EU-Energieminister sollen beim Sondergipfel am Freitag, den 9. September Lösungen diskutieren.

Denn die Strombörse ist illiquide. Es wird so wenig gehandelt, dass ganz wenige Positionen diese Ausschläge bewirkt haben.

In ganz Europa sind an jenem "Black Friday" des 26. August 300 Megawattstunden gehandelt worden. Das ist gerade einmal das halbe Kraftwerk Simmering. Und diese paar Transaktionen haben Kauttionen von mehr als 1,7 Milliarden Euro nach sich gezogen.

Falter: Hat der Handel an der Börse derzeit überhaupt noch Sinn?

Strebl: Ich bin seit 28 Jahren in der Energiewirtschaft. Ich war immer ein Verfechter der Marktliberalisierung, aber die Märkte spielen momentan verrückt. Dieses europäische Strommarktsystem wurde nicht für eine Situation geschaffen, wie wir sie gerade haben. Dieses System hat bei der Liberalisierung viele Vorteile gebracht, es hat auch jahrelang billige Preise für die Kunden gebracht. Aber jetzt passt es nicht mehr.

Woran machen Sie das fest?

Strebl: Wir haben am Montag 1,77 Milliarden Euro an Kauttionen hinterlegen müssen. Am Dienstag haben wir 800 Millionen zurückbekommen, am Mittwoch noch einmal 530 Millionen. Inzwischen haben wir die ganzen 1,77 Milliarden wieder zurück bekommen. Ich frage Sie: Ist das ein normales Marktmodell, wenn ich für die Versorgungssicherheit der Wiener garantieren soll?

Fest steht: Hasardeure waren die Trader der Wien Energie nicht. Wer mit Finanzprodukten im Wortsinne spekulieren, also losgelöst vom Grundgeschäft ein weiteres Geschäft machen will, muss bei der Finanzmarktaufsicht um eine limitierte Bankenlizenz ansuchen. Das hat Wien Energie nicht getan. Was aber auch stimmt: Die Termingeschäfte mit Strom, die man tagelang als sicher und stabil verteidigt hatte, hat die Wien Energie schon am Black Friday des 26. August vorläufig ausgesetzt: Um nicht noch einmal in Liquiditätsengpässe zu schlittern.

Falter: Hätte man sich bei besserer Kommunikation das ganze Theater nicht ersparen können?

Strebl: Was in den vergangenen Tagen passiert ist, muss analysiert werden. Es wird eine Rechnungshofprüfung und einen Untersuchungsausschuss geben. Wir sehen das nicht negativ.

Im Ernst?

Strebl: Okay, das wird sicher eine zeitliche Belastung. Aber so können wir nachweisen, dass wir immer ordnungsgemäß gearbeitet haben.

GLOSSAR

EEX Die Energiebörse in Leipzig ist die führende Handelsplattform für Strom in Europa

Future Ein Termingeschäft, das die Lieferung einer definierten Menge Strom zu einem festgelegten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt regelt

Margin Call Die Forderung, die Sicherheiten bei einem Termingeschäft zu erhöhen

Hedging Sicherheitsgeschäfte, um Risiken bei Finanzkontrakten, etwa durch Kursbewegungen, abzufedern

OTC Over-the-Counter-Geschäfte: Diese Kontrakte werden zwischen zwei Unternehmen geschlossen, die Sicherheitskauttionen fallen dabei weg

Cash-Pooling Die Wiener Stadtwerke stellen den kurzfristigen Finanzierungsbedarf ihrer Tochtergesellschaften, darunter die Wien Energie, über eine zentrale Liquiditätssteuerung zur Verfügung

Überspannt

Die Wien Energie hat ihre Finanzierungsprobleme mit Hilfe der Republik Österreich in den Griff bekommen. Was bleibt, ist der Vertrauensverlust. Was sagt der Wien-Energie-Geschäftsführer Michael Strebl dazu?